

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Scholz](#)
2. [Lisa Eckhart](#)
3. [Streit um Corona-Politik - Astronomische Fehlrechnungen](#)
4. [Thailands Abschottung mündet in Asiens heftigste Wirtschaftskrise](#)
5. [Cum-Ex-Aufklärung kommt nur schleppend voran](#)
6. [Wildcard für Organisierte Kriminalität und ein Trojanisches Pferd](#)
7. [Verteidigung des Scheinesystems](#)
8. [Der aktuelle Mindestlohn ist ein Armutslohn und teuer für alle Steuerzahler](#)
9. [Rund die Hälfte der Beschäftigten verlieren ihre Tarifbindung](#)
10. [Kalkulierte Kindeswohlgefährdung?](#)
11. [Die Tücken des Digitalpaket und wann die Schüler*innen erst zu ihren Schul-PC's kommen](#)
12. [The real Covid-19 threat](#)
13. [T-Zellen gegen saisonale Coronaviren erkennen auch SARS-CoV-2](#)
14. [Corona-Demonstranten wollen den Staat vorführen](#)
15. [Offener Brief: Ärzte gegen Maskenpflicht für Schüler](#)
16. [Wenn alle über 60 zu Hause bleiben, bricht alles zusammen](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Scholz**

a. **Weiter so! - Olaf Scholz ist Kanzlerkandidat**

Einstimmig hat der SPD-Vorstand Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten gekürt. Er steht für die Politik, mit der die SPD seit Jahren eine Bundestagswahl nach der anderen verloren hat.

Ein britischer Intellektueller beobachtete einmal: Großorganisationen verhalten sich oft so, als seien sie von Agenten des Gegners gesteuert. Die SPD ist seit 20 Jahren das beste Beispiel für die Richtigkeit dieser Beobachtung. Zum Verständnis: Der Agent, der ihr die Agenda 2010 aufs Auge drückte, hat einen Namen: BDI (Bundesverband der deutschen Industrie).

Mit der SPD wurde der Sozialstaat abgebaut.

Mit Zustimmung der SPD beteiligt sich die Bundeswehr an völkerrechtswidrigen Kriegen - siehe Syrien.

Im Außenministerium sitzt ein Sozialdemokrat, der von der Friedenspolitik des legendären ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt offenbar noch nie etwas gehört hat.

Und mit der SPD als Regierungspartei wächst die Ungleichheit immer weiter. Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die SPD an ihrem Niedergang arbeitet und das Votum der Wählerinnen und Wähler missachtet.

Quelle: [Oskar Lafontaine via facebook](#)

b. SPD-Kanzlerkandidat Scholz: Es gibt keinen Grund für eine positive Prognose

Finanzminister Olaf Scholz steht für alles Mögliche. Aber für die Alternative zum „Weiter so“, die das Land bräuchte, steht er nicht. Kann sich das noch ändern? (...)

Die Definitionsmacht über die Mitte von links her zurückzugewinnen: Das müsste auch jetzt noch (beziehungsweise wieder) das Ziel der Sozialdemokratie sein. Sie müsste einiges klarmachen, das in Groko-Zeiten fast in Vergessenheit geraten ist: Dass das Wohnungsproblem nicht zu lösen ist, auch nicht für die Mitte der Gesellschaft, wenn man mit Leuten regiert, denen nichts Radikaleres einfällt als fast wirkungslose Mietpreisbremsen.

Dass Gesundheit für alle auf Dauer nicht gehen wird mit einem System, in dem mit Krankheit Profit erwirtschaftet werden darf und soll.

Dass es nicht reicht, eine Krise wie Corona professionell zu managen, wenn ökonomischer Wiederaufbau nicht auch mit ökologisch-sozialem Umbau verbunden ist.

Dass der Skandal der Ungerechtigkeit sowohl in den Armuts- als auch in den Reichtumszahlen verborgen liegt.

Dass ein Finanzminister, der kanzlerfähig sein will, das skandalöse Versagen der Finanzaufsicht in einem Fall wie Wirecard früher hätte zur Kenntnis nehmen müssen. (...)

Sollte Olaf Scholz für all dies und die vielen anderen, notwendigen Veränderungen brennen, hat er das bisher zumindest erfolgreich verborgen. So stellt sich - wie schon bei den Kandidaten Steinmeier 2009, Steinbrück 2013 und Martin Schulz 2017 - die alles entscheidende Frage: Kann sich die SPD mit diesem Mann an der Spitze als führende Reformkraft präsentieren, als Alternative, die etwas anderes tut, als den Merkelismus mit anderem Parteilogik weitgehend fortzusetzen?

Es wird sich zeigen, welche inhaltlichen Zugeständnisse die beiden Linken an der Parteispitze dem künftigen Kandidaten abgerungen haben oder noch abringen werden. Einstweilen gibt es hier keinen Grund für eine positive Prognose. Das Schlimme daran ist nicht so sehr, dass die SPD dafür womöglich auch bei der nächsten Wahl wieder bestraft werden wird. Das Schlimme ist: Wieder droht die notwendige Alternative zum Weiter so, deren Notwendigkeit doch spätestens seit Corona auf der Hand liegen sollte, hinter der Ideologie der Mitte zu verschwinden.

Quelle: [Stephan Hebel in Frankfurter Rundschau](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Der fremdbestimmte Spitzenkandidat: Olaf Scholz](#).

c. **Söder nennt Zeitpunkt der Scholz-Nominierung “verheerend”**

Die SPD schließt die Reihen hinter ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz. Der politische Gegner wirkt überrumpelt und kritisiert die Personalie harsch bis spöttisch. [...]

Der FDP-Parteivorsitzende Christian Lindner äußerte sich verwundert über die Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten. “Die SPD macht es spannend. Gestern Koalitionsangebot an die Linke und grünes Licht für Kanzler Habeck – heute wird mit Olaf Scholz ein Kanzlerkandidat aus dem eher rechten Spektrum der Partei benannt”, schrieb Lindner auf Twitter. “Respektabel ist er, aber die Strategie erscheint noch rätselhaft.”

FDP-Vize Wolfgang Kubicki sagte, die Nominierung werde der Sozialdemokratie eher schaden: “Denn die Führung der SPD muss erklären, warum Scholz von den Menschen im Land gewählt werden soll, wenn er es selbst nicht einmal schafft, von den eigenen Genossen zum Vorsitzenden gewählt zu werden.”

Quelle: [SPIEGEL](#)

Anmerkung Jens Berger: Amüsant, dass sowohl Lindner als auch Kubicki mit ihren Kommentaren diesmal voll ins Schwarze treffen.

2. **Lisa Eckhart**

a. **Lisa Eckhart schlägt Kompromissvorschlag aus**

Der Versuch der Harbour Front Festivalleitung, Lisa Eckhart per Videoschleife teilnehmen zu lassen, ist gescheitert. Nun sollen alle Debütantenlesungen verlegt werden. Derweil gab es eine weitere Absage.

Erst sollte sie lesen, dann durfte sie nicht, und zuletzt wollte das Harbour Front Literaturfestival den Auftritt der Kabarettistin und Schriftstellerin Lisa Eckhart

doch noch ermöglichen. Diese Bemühungen sind nun offenbar endgültig gescheitert.

In einer dem SPIEGEL vorliegenden Mail teilt ihr Verlag der Leitung des Festivals am Montag mit, Lisa Eckhart werde "das Angebot, am Wettbewerb um den Kühne-Preis 2020 über den Umweg einer Videolesung teilzunehmen, nicht annehmen". Von einer Chancengleichheit für alle Nominierten des Debütantenpreises könne keine Rede mehr sein.

Quelle: [SPIEGEL](#)

Anmerkung JK: *Jetzt, da das Kind in den Brunnen gefallen ist versucht man sich mit einem faulen Kompromiss aus der Affäre zu ziehen. Weshalb sollte sich Lisa Eckhart darauf einlassen?*

dazu: Statement von Sascha Reh

[...] Doppelt unrecht hat die Linke, weil es bei Eckhardts geplantem Auftritt nicht einmal um ihr in keiner Weise antisemitisches Programm von vor zwei Jahren, sondern um ihren Debütroman geht, den die betreffenden ProtestlerInnen ebensowenig kennen dürften wie ich. Die Ankündigung, die Veranstaltung zu sprengen, entbehrt also jeder Rechtfertigung.

Ebensowenig finde ich es nun gerechtfertigt, vor dieser Androhung einzuknicken und als Veranstalter damit zu signalisieren, irgendetwas an der Kritik der Linken sei legitim. Dies diskreditiert die Künstlerin, und man muss in diesen hypersensiblen Zeiten wohl auch sagen: die Kunst. [...]

Quelle: [Sascha Reh via Facebook](#)

und: Offener Brief von PEN-Präsidentin Regula Venske an das Team des HarbourFront Literaturfestivals

[...] Die Beschwichtigung, es handle sich hier nicht um Zensur, Frau Eckhart könne ja an anderen Veranstaltungsorten oder auch im Fernsehen auftreten, greift - pardon, lieber Niko - zu kurz.

Es gibt vielfältige Formen von Zensur, klassisch durch staatliche Obrigkeit, moderner (aber vielleicht nicht einmal das) durch organisierte Kriminalität und/oder politischen Terror, verschärft in beiden Fällen durch die Duldung und Straflosigkeit seitens eines handlungsunfähigen Staates. Und, noch moderner, durch ‚Volksabstimmung‘ im Internet.

Im Dezember 1930 wurde die Premiere von „Im Westen nichts Neues“ nach dem Roman von Erich Maria Remarque derart massiv gestört, dass die Vorstellung schließlich abgebrochen werden musste. Verantwortlich waren damals nationalsozialistische Schlägertrupps. Am Ende machte sich die Oberprüfstelle

die nationalsozialistische Argumentation zu eigen und verhängte ein Aufführungsverbot. Übrigens beklagte Heinrich Mann, der in den 1920er Jahren in mehreren Essays gegen Zensur Stellung bezog, dass sich das wilhelminische liberale Bürgertum viel stärker dagegen zur Wehr gesetzt hätte als es das Publikum der Weimarer Republik tat.

Wo wollen wir uns heute verorten?

Quelle: [PEN Deutschland](#)

Lesen Sie dazu auch auf den NachDenkSeiten: [Der Fall Lisa Eckhart - Cancel Culture in Deutschland](#).

b. Hier wird ja auf Verdacht randaliert

Die österreichische Kabarettistin und Autorin Lisa Eckhart wurde vom Hamburger Lesefest "Harbour Front" eingeladen, weil es angeblich Drohungen gegen die Veranstaltung gegeben habe. Kritiker werfen Eckhardt vor, antisemitische und rassistische Klischees zu bedienen. Eckhart ist aber nicht der einzige Fall, bei dem Wissenschaftler und Kulturschaffende nach Kritik im Netz wieder eingeladen wurden. ...

„Vieles was jetzt passiert, passiert auf der Basis blanker Gerüchte. Das ist die Entmündigung eines mitdenkenden und womöglich kritischen Publikums - und zwar im Schutz der Anonymität“, sagt der Politologe Claus Leggewie. Die Veranstalter verhielten sich feige, weil sie sich dem Druck nicht aussetzten. Der Druck sei meistens virtuell, da gebe es zunächst Gerüchte. „Wenn wir so weitermachen, ist das ein Todesstoß für eine Gesellschaft, die auf Gedanken- und Meinungsfreiheit beruht,“ so Leggewie. „Hier wird ja auf Verdacht randaliert.“ ... Man müsse sich fragen, woher dieser „Wahn“ komme, sagt Leggewie. „Es handelt sich meines Erachtens um einen Narzissmus der allerkleinsten Differenz.“ In der Regel seien dabei nicht ultrarechte und damit wirklich gefährliche Gegner unserer Gesellschaft und Demokratie im Visier, sondern es sei vielmehr ein Streit zwischen besonders Linken und anderen Linken oder zwischen Linken und Liberalen. Es gehe also um Ordnung im eigenen Lager. Er habe zwar Verständnis dafür, dass ein Veranstalter nicht wolle, dass ihm die Bude demoliert werde. Aber seine Erfahrung zeige, dass es oft nur eine kleine Gruppe von Störern sei, die auch den Saal wieder verlasse, wenn das Publikum mutig genug sei. Sein Rezept gegen den wachsenden Druck lautet: Mehr Rückgrat von Kulturveranstaltern, die Artikulation der sogenannten schweigenden Mehrheit und notfalls polizeilicher Schutz von Meinungsäußerungen.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

dazu: Plädoyer für eine Abkühlung öffentlicher Debatten

Kaum eine öffentliche Debatte wird derzeit sachlich geführt. Überall sind heftige Gefühle im Spiel. Das sei typisch für unsere spätmoderne Lebensform, meint Soziologe Andreas Reckwitz. Er plädiert für eine Entemotionalisierung im öffentlichen Raum.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

3. Streit um Corona-Politik - Astronomische Fehlrechnungen

Die Politik hat sich bei den Maßnahmen gegen Corona auf den Rat von zu wenigen Fachleuten gestützt. Nötig ist ein breit aufgestelltes Expertengremium. [...]

Aus unserer Sicht haben sich Politik und öffentliche Meinung selten so sehr auf den Rat von nur wenigen Fachleuten gestützt wie jetzt in der Coronakrise. Und es stellt sich die Frage, ob die Expertengremien genügend interdisziplinär und ausgewogen zusammengesetzt sind, um die Politik in dieser Krise mit Gelassenheit und Augenmaß und ohne Interessenkonflikte beraten zu können.

Es geht ja nicht nur um die Beurteilung der Gefährlichkeit der Pandemie, sondern auch um die Abschätzung des tatsächlichen Nutzens der Maßnahmen für die Eindämmung der Pandemie; und nicht zuletzt geht es auch um die Beurteilung der durch die Maßnahmen möglicherweise verursachten Kollateralschäden - nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für Gesellschaft, Demokratie, Kultur, Bildung und Wirtschaft. [...]

Für die Einschätzung einer Pandemie ist es grundsätzlich wichtig, genügend große repräsentative Zufallsstichproben der gesamten Bevölkerung mit validierten serologischen Antikörpertests in regelmäßigen zeitlichen Abständen zu untersuchen, um die Dynamik des viralen Geschehens und den Immunstatus der Bevölkerung richtig beurteilen zu können. Nur so kann die Gefährlichkeit der Infektion für die Menschen, je nach deren Alter und sozialer Gruppe, genauer berechnet werden.

Diese Arbeitsweise der bevölkerungsbezogenen Epidemiologie ist in der Lage, mit empirisch gewonnenen Daten Hochrechnungen, Prognosen und Modellannahmen zu überprüfen. Gleich zu Beginn der Pandemie wurde von Epidemiologen wie John Ioannidis, Professor an der Stanford-Universität in Kalifornien, gefordert, repräsentative Bevölkerungsstichproben zu untersuchen, um zu realistischen Todesraten und einer realistischen Einschätzung der Gefährlichkeit der Pandemie zu kommen. Inzwischen hat er eine Übersichtsarbeit über 36 solcher weltweit durchgeführten Zufallsstichprobenuntersuchungen mit serologischen Antikörpertests vorgelegt: Die darin erhaltenen IFR-Zahlen liegen viel niedriger als die zu Beginn der

Pandemie gemachten Schätzungen einiger Virologen.

Die vom RKI Anfang Mai angekündigte repräsentative Zufallsstichprobenuntersuchung der deutschen Bevölkerung steht bis heute aus.

Quelle: [Angela Spelsberg und Ulrich Keil in der taz](#)

4. **Thailands Abschottung mündet in Asiens heftigste Wirtschaftskrise**

[...] Seit Anfang April lässt Thailand keine Touristen mehr ins Land - aus Sorge davor, dass Urlauber eine neue Corona-Welle auslösen könnten. Bislang hat das gut funktioniert: Seit mehr als zwei Monaten wurde in dem südostasiatischen Urlaubsland keine einzige lokale Infektion mehr festgestellt. Doch die Abschottungsstrategie hat einen hohen Preis: Der vom Tourismus abhängigen Volkswirtschaft droht die schwerste Rezession seiner Geschichte.

Unter Asiens großen Ländern ist Prognosen zufolge kein anderes von der Coronakrise derart stark betroffen. Angesichts der desaströsen Lage ist eine Debatte darüber entbrannt, wie lange sich eines der beliebtesten Urlaubsländer der Welt geschlossene Grenzen noch leisten kann. Nach Berechnungen der Zentralbank wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um mehr als acht Prozent zurückgehen. Die Volkswirte an der Universität der thailändischen Handelskammer gehen sogar von einem Konjunkturreinbruch um bis zu elfeinhalb Prozent aus.

Quelle: [Handelsblatt](#)

5. **Cum-Ex-Aufklärung kommt nur schleppend voran**

Zahlreiche Banken und deren Berater hatten bis mindestens 2012 bestehende Kontrolllücken ausgenutzt und sich beim Handel von Aktien mit (Cum) und ohne (Ex) Dividende zuvor nicht gezahlte Steuern erstatten oder anrechnen lassen.

Viele Jahre nach dem milliardenschweren Griff in die Staatskasse sind die meisten Verdachtsfälle noch immer offen. In vielen Fällen droht nun Verjährung.

Ein Steuerfahnder, der über Jahre hinweg gerade mal 51 seiner mehr als 400 Fälle abgearbeitet hat, bekäme ziemlich sicher Ärger. Eine Rüge seines Vorgesetzten zumindest, oder eine Abmahnung - vielleicht würde er auch strafversetzt. Wie gut, dass kein Minister in Berlin oder in den Ländern mit solchen Konsequenzen rechnen muss, auch wenn deren Bilanz in Deutschlands größtem Steuerdiebstahl, dem Cum-Ex-Skandal, ebenso miserabel ausfällt. Die Politik hat die Aufklärung des dreisten Griffs der Banken in die Staatskasse, bislang zumindest, kräftig verbockt: Von dem hohen Druck, mit dem Finanzbehörden deutschlandweit versucht haben, das mutmaßlich gestohlene Geld zurückzuholen, scheint wenig übrig.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums sind bislang 51 Verfahren, in denen der Fiskus 1,1 Milliarden Euro gerettet hat, rechtskräftig abgeschlossen. 391

Verdachtsfälle, in denen es um 4,3 Milliarden Euro geht, waren bei der jüngsten Umfrage des Ministeriums unter den Bundesländern und beim Bundeszentralamt für

Steuern in Bonn noch offen. Das teilte das Berliner Finanzministerium jetzt auf Anfrage von SZ und WDR mit. Steuerfahnder gehen von einer hohen Dunkelziffer aus und schätzen den Gesamtschaden auf mehr als zehn Milliarden Euro.

Quelle: [SZ](#)

***Anmerkung JK:** Und wer ist Finanzminister? Der Olaf mit Wumms.*

6. Wildcard für Organisierte Kriminalität und ein Trojanisches Pferd

Der Chef dieses Unternehmens Jan Marsalek wird seit ein paar Wochen als echter Bad Boy präsentiert. Das ist wahr und heuchlerisch

Der jähe Fall des Börsenlieblings Wirecard AG, der die "Deutschland-AG 2.0" verkörpert hat und nun mit Häme und Spott aus dem DAX-Olymp verjagt wird, zählt ganz nüchtern zu einem der größten Wirtschaftsskandale in der Bundesrepublik Deutschland. Innerhalb weniger Tagen sank der Börsenwert von sieben Milliarden Euro um circa 75 Prozent.

Die breit ausgetretene Spur, die den Fall aufklären soll, hat die Süddeutsche Zeitung in den Dünensand geschrieben: "Falsche Freunde, falsche Fährten".

Was ist aber, wenn der Wirtschaftskrimi "Wirecard AG" vor allem von ganz vielen hochkarätigen "Freunden" aus der Spitze von Politik und Staat geschrieben wird, und diese nun mit falschen Fährten und ganz viel Nebelkerzen geschützt werden sollen?

Quelle: [Telepolis](#)

7. Verteidigung des Scheinesystems

Die Abschaffung des Bargelds scheint in Deutschland in weiter Ferne zu liegen. Laut der Bundesbank-Studie „Zahlungsverhalten in Deutschland 2017“ werden drei von vier Einkäufe noch immer bar bezahlt. Durchschnittlich 107 Euro trägt der Deutsche im Portemonnaie mit sich herum, daran hat sich in den vergangenen Jahren wenig geändert. In anderen europäischen Ländern ist das bargeldlose Bezahlen wesentlich beliebter - oder gar alternativlos. In den Niederlanden etwa können oft Parktickets oder Busfahrkarten nur noch elektronisch bezahlt werden und immer mehr Supermärkte nehmen keine Scheine und Münzen mehr an.

In Zeiten von Covid-19 hat sich diese Tendenz verstärkt - aus Angst vor Ansteckung. Bereits im März wurde laut Guardian an britischen Geldautomaten halb so viel Bargeld abgehoben wie sonst. Die deutschen Sparkassen verzeichnen seit Ausbruch der Pandemie deutlich mehr Transaktionen über ihre Apps als zuvor. Global betrachtet, befand sich das Bargeld jedoch schon vor Corona auf dem Rückzug. 63,5 Prozent aller elektronischen Transaktionen weltweit finden in China statt. Die Chinesen zahlen allerdings kaum mit EC- oder Kreditkarte, stattdessen nutzen sie ihr Smartphone und greifen dabei in erster Linie auf zwei Dienste zurück: Alipay und Wechat Pay.

Inzwischen bieten deutsche Banken ebenfalls das Zahlen mit dem Handy an, auch können kleinere Beträge mit den neuen EC-Karten kontaktlos, also ohne das Eingeben der PIN-Nummer und ohne eine Unterschrift leisten zu müssen, an der Kasse beglichen werden. Das hat sich in Zeiten der Pandemie bewährt – einerseits. Da die Funktion bei den meisten Karten automatisch freigeschaltet ist, könnte sie andererseits für Kriminelle mit entsprechenden Lesegeräten eine neue Geldquelle sein. Wer das befürchtet, muss eine Sperrung bei der Bank vornehmen lassen. Diese Strategie ist im Überwachungskapitalismus allenthalben anzutreffen: Wer nicht alle Ausspähapplikationen von Smartphones oder Social-Media-Plattformen haben möchte, muss aktiv werden. Datenschutz wird jedem selbst aufgebürdet, spekuliert wird auf die Bequemlichkeit der Bürger. (...)

Wer jedoch vor einer Abschaffung des Bargelds warnt, wird rasch als Fortschrittsfeind oder Verschwörungstheoretiker hingestellt oder als Deutscher Michel verlacht. Was daran aber fortschrittlich sein soll, dass jeder Einkauf Daten produziert, regelmäßig die Kontoauszüge überprüft werden müssen und der Bürger seiner Geheimnisse beraubt wird, erklären die Verfechter des bargeldlosen Bezahls nicht. Auch ist nicht zu leugnen, dass es Kreditkartenunternehmen wie Visa und Mastercard sind, die, unterstützt von dem Halbtagsphilanthropen Bill Gates, seit Jahren mit einer aggressiven Lobbyarbeit Scheine und Münzen zurückdrängen wollen. Auf den ersten Blick scheint nur der Verdacht der Deuschtümelei berechtigt zu sein.

Quelle: [der Freitag](#)

Dazu: Massive Anti-Bargeld-Propaganda aus Anlass eines bargeldfreundlichen Bundesbank-Berichts

Es sind nicht nur die öffentlich- rechtlichen Sender, die oft dreiste Anti-Bargeld-Propaganda machen. Ein leider gar nicht so selten schlimmes Beispiel gab es am Montagnachmittag in der Telebörse, der Wirtschaftsendung des Senders ntv, der zu RTL gehört. Mit Unwissenheit lässt sich nicht erklären, was in dieser Sendung präsentiert wurde, aus mindestens zwei Gründen. (...)

Falschinformationen

Es war nicht nur die sehr einseitige Intonation und Wortwahl, die in den Beiträgen auffiel. Falsch oder grob verzerrt war an der Darstellung,:

- dass die Deutschen in Sachen Bargeld eine Sonderrolle einnehmen, “ein deutsches Phänomen”, wie der Moderator paraphrasiert. Das wird dadurch nicht richtig, dass es die Bargeldgegner immer wieder behaupten. Die Bargeldnutzung in Deutschland bewegt sich im Industrieländervergleich im Mittelfeld, weltweit im unteren Bereich;

- dass Bargeld auf der Bank völlig sicher ist;
- dass das Vertrauen in den Aktienmarkt und die Komplexität vieler Finanzprodukte viel mit der Bargeldhaltung zu tun hat;
- dass die Bundesbürger durchschnittlich "1.364 Euro in den eigenen vier Wänden horten". Die von der Bundesbank ermittelten 1.364 Euro beziehen sich entgegen der durchgehend falschen Darstellung bei der Telebörse auf "zu Hause oder in einem Schließfach". Vermutlich werden die großen Beträge in Schließfächern aufbewahrt, sodass der erweckte Eindruck, die Deutschen bewahrten typischerweise große Beträge unter der Matratze auf, ein falscher sein dürfte.

Dass die Psychologin Lochner es nicht besser weiß, leuchtet mir ein. Durch Internetrecherche und auf ihrem Lebenslauf habe ich kein Indiz gefunden, dass sie beruflich-wissenschaftlich je etwas mit Bargeld, ja nicht einmal mit Finanzmärkten zu tun hatte. Der Redaktion war offenbar jede Schein-Expertin recht, die bereit war, das aus ihrer Sicht Passende zu sagen.

Was fehlte

Nicht einmal ansatzweise erwähnt wurden die übrigen Vorteile des Bargelds wie die Sicherheit vor Bankenpleiten, und das Vermeiden von Negativzinsen oder die Nutzbarkeit bei Stromausfall, Technikversagen und sonstigen Katastrophen. In der Bundesbankanalyse findet sich das alles. Man wollte es also nicht erwähnen. Auch der Bundesbank-Experte hätte es sicher gerne umfassender gesagt, wenn man ihn gelassen hätte.

Quelle: [Norbert Häring](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Der Journalist Norbert Häring ist ein echter Kenner über das Thema. Bitte lesen Sie dazu u.a. auch:*

- [Sudan als Versuchskaninchen für Bargeldabschaffung, universelles Grundeinkommen und Totalüberwachung](#)
- [Eine Dystopie kommt selten allein. Nach Huxleys „Schöner neuer Welt“ nun Härings „Schönes neues Geld“](#)
- [Der „Krieg gegen das Bargeld“ ist eine milliarden schwere Ölquelle für den Finanzsektor](#)
- [Rezension: Norbert Häring „Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen - Der Weg in die totale Kontrolle“.](#)

8. **Der aktuelle Mindestlohn ist ein Armutslohn und teuer für alle Steuerzahler**

Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer hat eine rasche Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro scharf kritisiert. Der Vorstoß von Arbeitsminister Hubertus Heil führe die Arbeit der Mindestlohnkommission und die Arbeit der Sozialpartner „ad absurdum“, sagte Wollseifer der Deutschen Presse-Agentur. Die Politik solle sich raushalten, die Sozialpartner machten das gut.

Dietmar Bartsch kommentiert: „Politik soll sich raushalten? Falsch! Es ist höchste Zeit für einen Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde. Der aktuelle Mindestlohn ist ein Armutslohn und teuer für alle Steuerzahler. Er bedeutet Ausbeutung und später millionenfache Altersarmut. Mini-Löhne und Mini-Renten kosten die Steuerzahler jährlich 17 Milliarden Euro. Über eine Million Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben und müssen ihren Lohn beim Sozialamt mit Hartz IV aufstocken. Darunter sind viele, die noch vor Wochen beklatscht wurden, aber keine dauerhafte Lohnerhöhung erhielten: zum Beispiel Kranken- und Altenpfleger, Verkäuferinnen, Paketboten. Diese unwürdige ‘Aufstockerei’ kostet jährlich rund zehn Milliarden Euro Steuergeld. Niedriglöhne führen in die Altersarmut. Für die sogenannte Grundsicherung im Alter gibt der Staat jährlich etwa sieben Milliarden Euro. Viele Ausgaben wären überflüssig, hätten wir nicht seit Jahrzehnten einen riesigen Niedriglohnsektor, der verhindert, dass die Menschen im Alter eine auskömmliche Rente beziehen. Wir brauchen also einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro aus mehreren Gründen: Gegen Ausbeutung, gegen Armut im Job und im Alter und gegen ausufernde Staatsausgaben, die anderswo - zum Beispiel in Schulen und Krankenhäusern - fehlen.“

Quelle: [Die Linke. im Bundestag](#)

9. **Rund die Hälfte der Beschäftigten verlieren ihre Tarifbindung**

Seit Corona gelten sie als systemrelevant. Doch die Tarifbindung wird bei Kassiererinnen und Kassierer im Einzelhandel zur Ausnahme - viele verdienen sogar real weniger Geld. (...)

Eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zeigt: Die Stundenlöhne bei Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel ohne Tarifbindung nahmen in dem Zeitraum nur um 8,5 Prozent zu, laut Statistischem Bundesamt von 12, 22 Euro auf 13, 26 Euro. Inflationsbereinigt sanken die Stundenlöhne damit.

Der Personenkreis derjenigen im Einzelhandel ohne Tarifbindung wächst zudem überdurchschnittlich schnell. Zwischen 2010 und 2019 verlor fast die Hälfte der Beschäftigten - 44 Prozent - den Schutz des Tarifvertrags. Der Anteil der Beschäftigten mit Tarifbindung im Einzelhandel sank von 50 Prozent im Jahr 2010 auf 28 Prozent 2019.

In der Gesamtwirtschaft ging der Anteil gemäß der Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit von 60 auf 52

Prozent zurück. Auch der Anteil der Betriebe mit Tarifvertragsbindung sank im Einzelhandel schneller als im Rest der Wirtschaft. Im Jahr 2019 waren nur noch 20 Prozent der Einzelhändler an einen Tarifvertrag gebunden – ein Rückgang um ein Drittel binnen zehn Jahren. In der Gesamtwirtschaft verringerte sich der Anteil vom gleichen Niveau auf 27 Prozent.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

10. **Kalkulierte Kindeswohlgefährdung?**

Am Montag hatte das Schulministerium in NRW seine neuen “Hygiene- und Infektionsschutzvorgaben” veröffentlicht. Um “den Schulen einen Regelbetrieb zu ermöglichen”, gelten zunächst bis zum 31. August verschärfte Bedingungen. “Insbesondere wird die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in den Schulen deutlich ausgeweitet”, teilte es mit. Danach müssen alle Kinder und Jugendlichen ab Klassenstufe 5 aufwärts die ganze Zeit über eine Maske tragen – im gesamten Schulgelände und auch im Unterricht.

Sollten Schüler dagegen verstoßen, droht ihnen in letzter Konsequenz sogar ein Verweis von der Schule, wie Landesschulministerin Yvonne Gebauer (FDP) in einem Interview ankündigte. Ihr sei zwar bewusst, dass Masken ihre Träger gerade bei heißem Wetter “besonders beeinträchtigen”. Wegen des Infektionsgeschehens seien sie aber “alternativlos”.

Nachdem erste kritische Stimmen, auch von Eltern, laut geworden waren, mischte sich die Nationale Wissenschaftsakademie Leopoldina ein. In einer “Ad-hoc-Stellungnahme” empfahl sie die Maskenpflicht ab Klasse 5, “wenn Abstandsregeln nicht eingehalten werden können” auch im Unterricht. An dem Papier arbeitete der Charité-Virologe Christian Drosten mit. Er und das RKI geben in Sachen Corona weitgehend den Ton an. (...)

Die angebliche Wirksamkeit von Stoffmasken im Unterricht als Infektionsschutzmaßnahme scheint indes durch nichts belegt zu sein. Im Gegenteil: Einer im Juli veröffentlichten Studie von Herzspezialisten, Chirurgen und Sportmedizinern des Universitätsklinikums Leipzig zufolge vermindert das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes die körperliche Belastbarkeit sogar von Gesunden erheblich.

In ihren Versuchen mit OP-Masken sowie FFP2-Masken habe sich ergeben, so die Autoren, “dass die kardiopulmonale Leistungsfähigkeit durch beide Masken-Typen signifikant reduziert wird”. Das bedeutet: Herz- und Lungenfunktion werden massiv beeinträchtigt. Dies führe besonders bei körperlicher Anstrengung schnell zu einer Ansäuerung des Blutes, heißt es. Zudem fühlten sich die Probanden auch subjektiv enorm beeinträchtigt. Dass dieses Gefühl kein Hirngespinnst ist, sei nun wissenschaftlich belegt, so die Autoren. (...)

Auch Mediziner überwandern sich und stellen sich dem feindseligen gesellschaftlichen und politischen Klima gegenüber sogenannten "Maskenverweigerern". "Ein längeres Maskentragen beeinträchtigt bei Schülern die Leistungsfähigkeit", sagte der Präsident des Bundesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Thomas Fischbach, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Er sieht zudem psychische Auswirkungen auf die Kinder, da der Blickkontakt in der Kommunikation gestört werde. In einer gemeinsamen Stellungnahme empfehlen Kinder- und Jugendmediziner je nach Infektionsgeschehen lediglich das Maskentragen außerhalb der Unterrichtsräume.

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaften (GEW) in NRW hält Masken im Unterricht für "pädagogisch unsinnig" und einen "hilflosen Versuch, den Regelbetrieb durchzusetzen". Seitens der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW wurde kritisiert, dass Ministerin Gebauer kürzlich zugesichert hatte, keinen Maskenzwang im Unterricht einzuführen. Den Schwenk ins Gegenteil habe ihre Behörde nicht begründet.

Quelle: [RT Deutsch](#)

11. **Die Tücken des Digitalpaket und wann die Schüler*innen erst zu ihren Schul-PC's kommen**

Digitalpaket und die Realität. Der Bund hat 500 Mio. EUR für digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt. Davon kriegt die Stadt Wuppertal 3,38 Mio. Euro und muss noch 10 % drauf legen, somit 3,76 Mio. Euro. Um für bedürftige Schüler Laptops anzuschaffen, muss es ein europaweites Ausschreibungsverfahren geben. Bis die Geräte beschafft werden können, rechnet die Stadt mit drei Monaten, also für ab Nov. 2020.

Gleichzeitig wird berichtet, dass alleine nur an einer Gesamtschule mit 1400 SchülerInnen ungefähr 400 Schüler*innen außer einem Handy nicht über digitale Endgeräte verfügen.

Eindrucksvolle und viele Details aus Wuppertal [dazu in unserer örtlichen Qualitätspresse](#).

Gleichzeitig wird bekannt, dass das Wuppertaler Jobcenter lediglich 24 Darlehen zur Beschaffung von digitalen Endgeräten gewährt hat. 1/3 aller Minderjährigen in Wuppertal sind im SGB II- Bezug, das sind 20.000 Kinder- und Jugendliche. Davon wird ein beträchtlicher Teil digitale Endgeräte benötigen.

Die Wuppertaler Situation dürfte mit anderen Städten und Kreisen vergleichbar sein, daher sind digitale Endgeräte auf Antrag bedürftigen Schüler*innen zu gewähren. Der Verweis auf das Digitalpaket ist systematisch richtig, die Geräte werden aber jetzt gebraucht.

Quelle: [Tacheles e.V.](#)

12. **The real Covid-19 threat**

Analysis of NHS data reveals the deadly consequences of the government's messaging to 'stay at home, save lives, protect the NHS.' During the lockdown, there was a near 50 per cent decline in admissions for heart attacks. The risks of Covid-19 outweighed the risk of seeking NHS care despite worsening symptoms for many people: 40 per cent more people died from lower-risk treatable heart attacks than usual. For strokes, the situation is further exacerbated by living alone and not having visitors as 98 per cent of emergency calls for strokes are made by someone else.

There have been seven registered Covid deaths in children - representing a tiny risk. However, delays in seeking medical help might have contributed to the deaths of at least nine children, according to a survey of doctors. One-third of the 241 emergency paediatricians asked had witnessed delayed presentations. Some doctors reported late presentations during labour that resulted in adverse outcomes; some said early discharges after birth led to infants returning with severe dehydration.

Quelle: [The Spectator](#)

Anmerkung JK: Ein unbedingt lesenswerter Artikel des britischen Epidemiologen Carl Heneghan aus Oxford. Die Höhere Sterblichkeit in den britischen Privathaushalten führt Heneghan darauf zurück, dass Krankheiten zu spät oder gar nicht behandelt wurden.

13. T-Zellen gegen saisonale Coronaviren erkennen auch SARS-CoV-2

T-Zellen können nach Kontakt zu saisonalen humanen Coronaviren auch Strukturen des SARS-CoV-2-Virus erkennen. Das legt eine Studie der Universitätsklinik Tübingen nahe, die Mitte Juni als Vorveröffentlichung erschienen ist (DOI: 10.21203/rs.3.rs-35331/v1). (...)

Die Wissenschaftler identifizierten nun erstmals 120 virale Peptidketten aus dem Genom von SARS-CoV-2, deren Präsentation an HLA-Rezeptoren eine T-Zell-Immunantwort auslösten, sogenannte Epitope.

Die Forscher verglichen dafür Blutproben von 180 Personen, die eine SARS-CoV-2-Infektion ohne stationäre Behandlung durchgemacht hatten, mit 185 Blutproben aus der Zeit vor der Pandemie.

Aus der Vielzahl der erkannten Epitope stellten sie 2 unterschiedliche Kompositionen zusammen. Die erste dieser Gruppen enthielt SARS-CoV-2-spezifische Epitope, die nur von T-Zellen erkannt wurden, die bereits Kontakt zu SARS-CoV-2 gehabt hatten.

Eine zweite Epitop-Komposition enthielt ausschließlich kreuzreaktive Peptidketten von SARS-CoV-2, die also auch von vorher nicht exponierten T-Zellen erkannt wurden.

Einige davon zeigten Ähnlichkeiten mit Epitopen von 4 anderen humanen Coronaviren (HCoV-OC43, HCoV-229E, HCoV-NL63 und HCoV-HKU1).

Die Proben von Personen, die vorher an COVID-19 erkrankt waren, zeigten zu 100 % eine CD4- oder CD8-T-Zell-Antwort auf wenigstens eine der beiden Kompositionen. Unter den nicht exponierten Proben zeigten 81 % eine T-Zell-Antwort auf die kreuz-reak-tive Epitopkomposition. Sie fiel geringer aus als bei den vorher exponierten Proben. Die SARS-CoV-2-spezifische Komposition löste hier keine Immunreaktion aus.

Quelle: aerzteblatt.de

Anmerkung Christian Reimann: *Der schweizer Immunologe Bela M. Stadler schrieb von einer "Grundimmunität" durch T-Zellen. Er erwähnt dabei u.a. auch das Studien-Ergebnis einer Wissenschaftlergruppe um Thiel/Drosten im April 2020 und vor allem die Erkenntnisse des "wissenschaftlichen Schwergewicht" Ioannidis. Vor diesem Hintergrund kritisiert Stadler politische Entscheidungen wie "strengere Lockdown-Massnahmen", das Tragen von Masken und "[alle Politiker, die TESTEN, TESTEN, TESTEN forderten](#)".*

14. **Corona-Demonstranten wollen den Staat vorführen**

Sie tragen keine Maske und ignorieren den Abstand. Die Teilnehmer von Corona-Hygiene-Demos bringen so den Unmut über die geltenden Schutzmaßnahmen zum Ausdruck. Dabei protestieren nicht nur Esoteriker gemeinsam mit Verschwörungstheoretikern, sondern auch Menschen mit wirtschaftlichen Ängsten, wie der Soziologe und Ost-Experte Wolfgang Engler sagt. Im Interview erklärt er, warum sich so viele verschiedene Gruppen auf den umstrittenen Demos zusammentun, wieso die Wut vieler Menschen in Ost und West so groß ist und zieht Parallelen zu Pegida.

Sie sagen, die Demonstranten wollen den Staat vorführen. Woher kommt diese Wut auf den Staat?

Natürlich sind das Minderheiten. Aber diese Minderheiten werden in den letzten Jahren zunehmend politisch relevant, wie man auch anhand der letzten Bundestagswahl und bei Landtagswahlen - nicht nur im Osten Deutschlands - gesehen hat. Die Unzufriedenheit hat viele Gründe. Zusätzlich zu denen, die sich sozial ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt fühlen, die die schlechteren oder keine Jobs haben oder in abgehängten Regionen leben, sind da offensichtlich auch Leute unterwegs, die von anderen Motiven getragen sind. Davon etwa, dass sie den Eindruck haben, da wird etwas von oben beschlossen und sie baden das dann aus, nach dem Motto „Wir schaffen das“ aus der Flüchtlingskrise. Man fühlt sich nicht gefragt, nicht ernst genommen.

Glauben Sie, dass auch Medien Verantwortung an der aufgeheizten Stimmung tragen?

Insofern sie zu Pauschalformeln greifen, wie das auch jetzt wieder der Fall war. Das verärgert die Leute ungemein. Ich würde sehr dazu raten, davon Abstand zu nehmen und zu differenzieren.

Und so gelingt es, Menschen wieder zurückzugewinnen?

Das vermag ich nicht zu sagen. Es wäre schon viel erreicht, wenn man Menschen, die am „System“ zweifeln, nicht so vor den Kopf stößt, dass aus Zweiflern Gegner der offenen Gesellschaft werden.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

15. **Offener Brief: Ärzte gegen Maskenpflicht für Schüler**

Die Kritik an der Maskenpflicht in Schulen wächst. Die Oberärztin der Kinderambulanz des Gemeinschaftskrankenhauses in Herdecke, Dr. med. Karin Michael, hat sie in einem offenen Brief an die NRW-Schulministerin zusammengefasst. Diesen Brief haben mehr als 100 Mediziner, Sozialarbeiter und Lehrer aus ganz Deutschland unterschrieben. (...)

Die Unterzeichner machen sich Sorgen, dass sich die Maskenpflicht negativ auf die Entwicklung und Psyche der Kinder auswirken könnte. Für junge Schüler sei es sehr wichtig, Gesicht und Mimik ihres Gegenübers sehen zu können. (...)

Die Maskenpflicht könne zudem Angststörungen, wie Waschzwang oder Schlafstörungen verstärken. Diese hätten seit Beginn der Corona-Pandemie nämlich merklich zugenommen. Die Unterzeichner fordern nun eindeutige Nachweise für den Nutzen einer Maskenpflicht an Schulen. Auch wolle man juristische Schritte prüfen.

Quelle: [WDR](#)

Dazu: Kommentar: Maskenpflicht an Schulen - warum?

Wow, das hat gesessen! Nordrhein-Westfalen ordnet eine Maskenpflicht in den Schulen an. Und zwar nicht nur auf den Schulhöfen und auf den Gängen – darüber hätte man notfalls ja noch reden können – sondern auch im Unterricht. Lehrer sind dabei übrigens eingeschlossen, wenn sie den Mindestabstand von 1 Meter 50 nicht sicher einhalten können.

Im Klartext heißt das: Schüler sollen ab kommender Woche fünf, sechs, sieben Stunden am Stück beim Pauken eine Maske tragen, damit sie sich bei Freunden und Mitschülern nicht anstecken, die sie nach der Schule natürlich ohne Maske treffen. Bei Klassenarbeiten, Referaten oder beim Erlernen des englischen „th“ darf die Maske abgenommen werden; klar, in solchen Situationen werden ja auch keine Aerosole ausgeatmet. (...)

Ich frage mich wirklich nach dem „Warum“. Und werde das Gefühl einfach nicht los, dass es Ministerin Gebauer, vor allem aber Ministerpräsident Armin Laschet, mit diesem strengen Corona-Regiment weniger um das Infektionsrisiko ging, als vielmehr

um die Gefahr, öffentlich wieder mal als unverantwortlicher Prediger neuer Corona-Lockerungen dazustehen. Im Kampf um die Kanzlerkandidatur also endlich mal Punkte machen gegen Söder, der natürlich jede Neuinfektion in einer NRW-Schule genüsslich als Scheitern Laschets und Bestätigung seiner harten Linie ausgekostet hätte. Die Schüler und Lehrer müssen das jetzt ausbaden. Schade! Ich hatte gehofft, die Rückkehr zum Regelschulbetrieb könnte so etwas werden wie ein Stück wieder erlangte Normalität. Jetzt mit der Maskenpflicht im Unterricht, ist es nicht mehr als ein Akt der Ängstlichkeit und Mutlosigkeit daraus geworden.

Quelle: [WDR](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Maskenzwang im Unterricht: Ein bizarrer Plan](#).

Bitte lesen Sie dazu z.B. auch [Wie die Maskenpflicht unsere Intelligenz beleidigt - Und wie sie uns vom Wesentlichen ablenkt](#).

16. **Wenn alle über 60 zu Hause bleiben, bricht alles zusammen**

Eigentlich hatte die Kultusministerkonferenz (KMK) vor den Ferien Optimismus verbreitet und angekündigt, alle Schulen würden nach den Sommerferien in den Regelbetrieb zurückkehren. Doch schon das Thema Risikogruppe zeigt: Die Schule kann nicht so sein, wie man sie vor der Pandemie kannte. Deutschlandweit werden Lehrerkollegien teils dezimiert in das neue Schuljahr starten, weil für viele, gesundheitlich angeschlagene Pädagogen das Unterrichten schlicht viel zu gefährlich ist. Und das, obwohl der Lehrermangel im ganzen Land auch schon vor Corona erheblich war. "In vielen Bundesländern steht zudem eine Pensionierungswelle an", sagt Ilka Hoffmann von der Lehrgewerkschaft GEW. "Wenn alle zu Hause bleiben würden, die über 60 sind, bricht alles zusammen."

Auch deshalb wohl haben die Behörden bei der Einstufung zur Risikogruppe nachgearbeitet. Laut Hoffmann werde das in allen Bundesländern inzwischen sehr restriktiv gehandhabt. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen nachweisen, dass sie eine Krankheit haben, die das Robert Koch-Institut als riskant für einen schweren Verlauf von Covid-19-Infektion einstuft. Der Hinweis auf einen gefährdeten Angehörigen zu Hause reicht anders als vor den Ferien heute nicht mehr aus, um vom Schuldienst vor Ort freigestellt zu werden. Auch wer über 60 Jahre alt ist, bekomme deswegen kein Attest, sagt Hoffmann.

Quelle: [Zeit](#)

Anmerkung JK: Wie auch in anderen Bereichen, explizit dem Gesundheitssystem,

bringt die Corona-Krise alle, eigentlich schon lange bekannten, Mängel und Versäumnisse einer neoliberalen "Sparpolitik" ans Tageslicht. Konsequenzen, vermutlich keine. Lieber feiern sich die dafür verantwortlichen Angehörigen der politischen Elite als die großen Krisenmanager selbst.